

Dresdner Volkszeitung

Polizeikonto: Delysia. Gedenk & Comp. Nr. 20015. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Zahnmesspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Rund einstießlich Bringerlohn monatlich 1.30 M. Durch die Post bezogen zweitährlich 4.00 M. unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2. 6.00. Erhältlich täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 26201. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Bettinerplatz 10. Tel. 25201. Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die Tageszeitungen mit 45 % berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinssanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 222.

Dresden, Montag den 23. September 1918.

29. Jahrg.

Die Eisenbahn-Katastrophe in Dresden.

31 Tote — 29 Schwerverletzte.

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

wib. (Amtlich) Großes Hauptquartier, den
23. September 1918.

Weißlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Apprecht:

Bei örtlicher Unternehmung südlich von Neuve-Chapelle machten wir Erfolge. Die Artilleriebelägerung lebte zwischen Apern und La Bassée, beiderseits der Scarpe und im Kanalabschnitt südlich von Marquion auf.

Heeresgruppe Boch:

In den Abschüssen östlich und südöstlich von Epheu sowie zwischen Omignon-Bach und der Somme nahm der Artilleriekampf am Nachmittag wieder grösere Stärke an. Infanterieangriffe, die die Engländer gegen unsre Linien südlich von Epheu richteten, wurden abgewiesen. Wie in den letzten Tagen zeichnete sich auch gestern die 2. Garded-Infanterie-Division besonders aus. Während der Nacht hielt starke Feuerkraft an. In nächtlichen Angriffen östlich von Epheu sah der Feind in einzelnen Grabenstücken Fuß. Vorfeldämpfe an der Oise.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Zwischen Ailette und Aisne stand die Geschicklichkeit gestern ab. Erkundungsgefechte in der Champagne.

Heeresgruppe Gallwitz:

Zwischen der Göte Lorraine und der Mosel war der Artilleriekampf am frühen Morgen zeitweilig geheizt. Der Feind, der mit stärkeren Abteilungen gegen Haumont, südlich von Tomptilouz und Rombercourt vorrückt, und mit Gründungsabteilungen mehrfach gegen unsre Stellung heranrückte, wurde abgewiesen. Weitlich der Mosel schoben wir unsre Linie etwas vor.

Oberleutnant Voerzer errang seinen 42., Leutnant Bäumer seinen 30. Aufschlag.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

liegen blieb. Dadurch kam der von Berlin kommende D-Zug 196 (fahrplanmäßig 9.58 in Dresden-Neustadt) vor dem voransliegenden Block Nr. 30 zum Halten; seine letzten Wagen standen in der Nähe der Brücke über dem Riesaer Fluss. Auf diese Wagen fuhr der aus Leipzig kommende D-Zug 13 (fahrplanmäßig 10.08 in Dresden-Neustadt) auf. Darüber, wie es möglich war, daß der Führer des D-Zuges 13 in die von der Berliner Zug besetzte Blockstrecke einfuhr, obwohl die Strecke den unmittelbar nach dem Unfall angestellten amtlichen Ermittlungen zufolge gesperrt war, können erst die im Sonnabend weiteren Erörterungen endgültigen Aufschluß geben. Die Geschwindigkeit des Leipziger Zuges war zwar schon infolge der Warnstellung des Vorsignals etwas erniedrigt worden, jedoch noch groß genug, um eine verhängnisvolle Wirkung auszuüben.

Von den Reisenden des Leipziger Zuges sind glücklicherweise nur wenige und auch diese nur leicht verletzt worden. Dagegen sind in dem Berliner Zug, von dessen Wagen mehrere vollständig zerstört wurden, 31 Reisende getötet und 30 schwer verwundet worden. Als leichtverletzt sind bis jetzt 29 Personen ermittelt worden. Die Namensfeststellung ist noch nicht beendet.

Die Dresdner Feuerwehr und der Eisenbahnhilfszug waren nach ganz kurzer Zeit zur Stelle, und mehrere Aerzte traten sofort in Tätigkeit. Ebenso leisteten Beamte der städtischen Wohlfahrtspolizei wertvolle Hilfe. Präsident Dr. Ulrich und die leitenden Beamten waren mit dem Hilfszug eingetroffen. Die Unfallstelle wurde von Polizeibeamten und durch das Generalkommando besohlten Mannschaften abgesperrt. Se. Exzellenz der Herr Finanzminister v. Scherzer erschien gegen 1 Uhr nachts auf der Unfallstelle, auf der heute vormittag auch Ihre Königl. Hoheit Prinzessin Maria-Luisa sich einsah. Die Schwerverwundeten wurden sofort in Krankenautomobilen in das Friedländer Krankenhaus übergebracht. Bei der Schwierigkeit des Rettungswesens konnten die letzten Verwundeten leider erst um 7½ Uhr morgens geborgen werden.

Bis jetzt konnten nur erst fragestellten werden als getötet: Frau Kapellmeister Penzoldt-Dresden, Frau und Tochter des Lokomotivführers Gädler-Dresden, als schwer verwundet: Soldat Paul Dedwitz-Großhöchstädt bei Jüttendorf, Schütze Erich Lang-Dresden-R., Soldat Karl Böck-Kloster, Garnisonverwaltungsinspектор Ritter-Dresden, Friedo Schulz-Böhla.

Major Koch-Magdeburg, Sergeant Zauber-Dresden, Johanne Grübel-Friedrichshagen, Director Homann-Berlin, Anna Berlin aus Schweden, Zigarrenfabrikant Karl Hören-Dresden, Reinhard Seifert-Dresden, Fader Richard Bernhard-Dresden, Beamter Berthold Reich-Berlin, Konsulin Hugo Hermann-Dresden, Bizerkochmeister v. Gramm-Berlin-Grunewald, Karl Sobel-Berlin, Brillengenieur Georg Ludwig und Frau Berlin-Vogel, Ulrich v. Heydrich-Potsdam, Frau Rollin-Dresden, Baumeister Schmidtmann-Dresden, Frau Direktor Reb-Löschitz, Helene Ottmann-Dresden, Georg Ven-Dresden, Friedo Wädiger-Dresden.

Burian über seine Note.

General Burian gewährte dem Chefredakteur des S. L. Theodor Wolf, in Wien eine Unterredung, in der er folgendes ausführte:

Die Aufnahme, die die Note gefunden hat, konnte mich nicht überraschen, denn ich habe kaum anderes erwartet. Ich habe natürlich nicht geglaubt, daß ich der Verhandlung von heute am morgen bereits erkläre würde, in Friedensverhandlungen einzutreten. Sehr bedeutsam ist aber doch zum Beispiel die außerordentliche Schnelligkeit, mit der Wilson geantwortet hat. Es lohnt mögl. über die Gründe dieser Schnelligkeit zu spekulieren. Offenbar hat Wilson den anderen Verbündeten vorzukommen wollen. Wenn Wilson die Note sozeitig beantwortet und darin mit solcher Hafte besagt, daß er an allen seinen Programmpunkten unbedingt festhalte, so kann das nur geliebt sein, weil er nicht möchte, daß England und Frankreich ihm mit ihren Antworten und ihren belauerten Wünschen dazwischenkommen. Er hat eine Verabredung zwischen ihnen verbünden wollen, darum hat er das so bestellt. Das ist gewiß kein uninteressanter Ratzeck in die Zukunft des Friedens, damit noch fernwegs erledigt. Es wird ja jede Neuerung darüber, wie die Note auf die verschiedenen Kreise gewirkt hat, vorsichtig untersucht. Aber es ist kaum darum zu zwecken, daß in den kommenden Parlamentssitzungen bei den englischen Paolen usw. diese Wirkung sich beweisen wird. Über den Friedens-Vertrag zu äußern und zu Deutschland volles Einvernehmen. Die ganze Frage dientte ja nicht von heute und gestern. Es gab auch gewisse Verschiedenheiten der Aussicht, aber den Zeitpunkt betrachten Sie nicht mehr. Die deutschen Truppen im Westen haben die Hindenburglinie erreicht. Sie werden sie halten, und damit war eine Basis eingerichtet. Das sind die Argumente, die man, wenn man handeln will, benutzen mögl. Bei allem Vertrauen zu uns selbst und zu unserer militärischen Lage dürfen wir nichts unterschätzen, was uns vom Frieden nötigt bringt. Wir wollen uns nicht später verwerfen müssen, daß wir etwas versaut haben. Die Sendung der Note war ein Schritt in diesem Sinne. Aber es wird völlig sein, noch anderweitig zu tun. Bei ihnen und ebenso bei uns kann manches eideschein, was wenigstens zu einer Entspannung der Lage führen könnte. Natürlich dürfen wir uns darüber nicht täuschen, daß die wahre großen Schwierigkeiten von den territorialen Fragen herkommen. Wenn meinem Sohn auch der Erfolg verlost war, den Weg zum Frieden schon jetzt zu eröffnen, so wird mich dies nicht hindern, den bestimmten Frieden weiter zu verfolgen.

Burian hat nur allzuleicht recht, wenn er meint, daß außer der Note noch manches zur Errichtung des Friedens zu tun wäre. So wäre es zum Beispiel das Rätselgelände, daß sich die Neutralmächte vor allem einmal über einheitliche Kriegsziele verständigen, damit nicht wieder eine Nede Panzers oder eines sonstigen deutschen Minister gegen eine österreichische Note ausgespielt werden kann.

Aus Wien wird gemeldet: Die italienischen Blätter bestreiten die offizielle Stefaninote zu dem Wiener Vorblatt weiterhin einstimmig zusammen. Giornale d'Italia meint, die italienische Regierung hätte nicht klarer antworten können. Die Erklärungen v. Payer bilden gezeigt, daß die Mittelmächte gerade entgegengesetzte Ansichten vertreten. Solange dies andauere, werde ein Gedanken austausch nicht möglich sein. Tribuna glaubt feststellen zu können, daß die innerpolitische Wirkung in den Verhandlungslanden nicht eingetreten sei. Wien daher gründlich enttäuscht sein müsse.

Nach französischen Blättern soll Wilson gesagt haben: „Wir haben einen vollständigen Sieg nicht. Verhandlungen können nicht zugelassen werden. Selbst wenn Österreich morgen käme, um zu erklären, daß es alle 14 Punkte meines Friedensprogramms annimmt, müßte ich auf meinem Standpunkt stehen bleiben. Sie könnten den Worten unseres Feinde nicht glauben, es müßte ihnen unmöglich gemacht werden, ihr Wort zu brechen.“ — Also auch Wilson bekennst sich nach dieser Wirkung jetzt zur Andorran-Politik und stampft damit alle seine bisherigen schönen Menschenleidestreden zu dem, als was sie uns im wesentlichen immer erschienen: beschämende Phrasen, hinter denen sich die strategischen Interessen der amerikanischen herrschenden Kreise verbargen.

Die Generaldirektion der Sächsischen Staatsbahnen teilte über das Unglück folgendes mit:

Das Eisenbahnunglück, das sich Sonntag den 22. d. M. abends 10.05 Uhr, auf der viergleisigen Hauptbahnhofstrecke Leipzig-Dresden kurz vor dem Bahnhof Dresden-Neustadt ereignet hat, hat sich leider als einer der schwersten Unfälle aller herausgestellt, von denen bisher die Sächsische Staatsbahnverwaltung betroffen worden ist. Der Vergang ist nach dem bisherigen Ergebnis der amtlichen Erörterungen abschließend gewesen:

Der von Leipzig über Töbeln nach Dresden verkehrende Personenzug 1513 (fahrplanmäßig 9.28 in Dresden-Neustadt) raste am Einfahrtignal des Bahnhofs Dresden-Neustadt einen Lokomotivboden, so daß er vor vollendetem Einfahrt

In den allgemeinen Aussführungen Erbergers ist vor allem das Kapitel Belgien interessant. Erberger erläutert nämlich mit volster Überzeugung, daß im Falle Belgien das Unrecht auf deutscher Seite sei, von einer belgischen Schuld nicht gesprochen werden könne, da Belgien gar nicht anders handeln konnte, als es gehabt hat. Nur die Absicht einer Grenzüberschreitung von französischer Seite lasse sich kein einziger schriftlicher Beleg anführen, es sei von deutscher Seite sogar festgestellt worden, daß der französische Mobilisierungspläne einen Einmarsch in Belgien nicht vorsah. Wir kommen zur Beurteilung der Auffassung Erbergers hinzu, daß das belgische Militär bei Ausbruch des Krieges Verzug hatte, entsprechend den Wünschen Belgien als neutrale Staat, jede Grenzüberschreitung mit bewaffneter Hand zu verhindern, gleichviel, ob sie von deutscher oder französischer Seite kommen möge. Der Fall Belgien liegt also vollständig klar, und man sollte von deutscher Seite jeden Verlust aufzubaden, ihn zu verdunkeln.

Kriegsschulden.

Kriegsanleihe und Reichsbank.

Wieder tritt die Reichsverwaltung mit der Einladung zur Rückzahlung von Kriegsanleihe an die mit Glückszetteln geeigneten Bürger heran. Der Anloß regt zu einigen Überlegungen an.

Die bewilligten Kredite belaufen sich bis jetzt — der Reichskriegsfonds wird in kürzer Frist mit einer neuen Milliardenanlage vor den Reichstag treten — auf 139 Milliarden Mark. In Kriegsanleihe und Reichsbankanleihen wurden 108 Milliarden Mark gezeichnet.

Die Zahlen sind unsicher. Sie werden ausgesprochen, ohne daß sich eine bestimmte Vorstellung mit ihnen verbinde.

Und doch sind die Kriegskosten noch nicht alles! Neben ihnen laufen die sehr erheblichen Aufwendungen der Staaten, Kreise und Gemeinden. Wenn gelegentlich zum Trost darauf verwiesen wird, daß unter Kriegskosten geringer als die Englands sind, so mag das an sich wohl stimmen. Der Unterschied ist aber nicht so groß, wie behauptet wird, weil England als Einheitsstaat auch Ausgaben leistet, die bei uns nicht dem Reich, sondern den Bundesstaaten und sogar den Gemeinden zufallen.

Aus dem Vergleich zwischen der Summe der Anleihen und dem Betrag der bewilligten Kriegskredite geht hervor, daß die Kriegskosten des Reiches nicht gänzlich durch Leihungen gedeckt wurden. Es bleibt ein Rest, für den durch Ausgabe von Reichswchseln gedeckt werden müste. Die Reichswchsel wurden bei der Reichsbank zum Toleranzkurs (Kauf gegen Goldabzug) eingerichtet. Die Reichsbank gibt für die eingelieferten Wechsel Banknoten. So erklärt sich die sehr starke Steigerung des Banknotenumlaufs während des Krieges.

Und damit kommen wir zu einem fundamentalen Problem der Kriegswirtschaft und der Übergangszeit. Die Reichsbank ist berufen, Geschäftswchsel gegen Abgabe von Noten anzukaufen und so kurzfristige und sichere Ressourcen jeder Kasse mobil zu machen, in gangbares Gold umzuwandeln. Dieser Aufgabe ist aber eine Grenze in den Leistungsvorschriften gesetzt, die bestimmen, daß nie mehr Noten ausgetauscht werden dürfen, als bis zum dreifachen Betrag der Golddeckung. Für die übrigen zwei Drittel können, wie geschildert, Wechselwchsel als Unterlage dienen. Diese Vorschrift wurde getroffen, um die steile Einlösbarkeit und damit Wertbeständigkeit der Noten besonders im internationalen Verkehr zu sichern; sie ist im Kriege aufgehoben worden und kann aus hektischen Schwankungen in der Bewertung der Reichsmark eingetreten, die z. B. jetzt in der Schweiz nur 0,65 Franken gegen 1,23 Franken im Frieden wert ist.

Diese Bestimmung ist aufgehoben worden, weil der Goldwert nicht geschmälert werden konnte, sondern durch Einnahmen noch vermehrt werden mußte, sollte nicht der letzten Einleitung von Reichswchseln ein zu geringer Goldkurs gegenüberstehen. Auch ist der Geschäftswchsel wohl auf kleine Betände aus dem Portefeuille der Reichsbank entstanden. Das ging automatisch, ohne Druck auf die Wirtschaftswelt, weil der Krieg mit seinen hohen Gewinnen den Parverteile förderte und die Kreditbewilligung wie die Kreditausprägung im Geschäftswandel sehr stark einschränkte.

Aber das wird nicht immer so bleiben! Wenn nach dem Kriege erst wieder ein großer Warenverkehr zwischen Staaten eingesetzt und der Verkauf der öffentlichen Güterverwaltungen oder der Heeresverwaltung fortsetzen wird, so wird auch wieder Kredit beansprucht werden. Es werden wieder Geschäftswchsel bei der Reichsbank eingerichtet werden. Die werden aber solchen sehr berechtigten Verlangen nur Genüge leisten können, wenn sie nicht, so wie bisher, mit Reichswchseln belastet ist.

Daraus ergibt sich ein Doppeltes: Je größer die Leistungen aus Kriegsanleihe sind, desto geringer der Betrag der bei der Reichsbank abgebene Reichswchsel, desto größer die Hoffnung, daß der Geschäftswert der Reichsbank bald wieder normalen Charakter annimmt. Das ist die Welt, für die die Weltwirtschaft, für die Kräftigung der Wirtschaft nach dem Kriege, damit auch für die Arbeiterschaft ein sehr großer Teil wäre, liegt auf der Hand.

Das ist aber nur die eine Seite. Wir wollen schon darauf hin, daß die Reichsbank wegen der Überstzung mit Reichswchseln ihre Goldzahlungen einstellte und daß damit ein sehr bedauerlicher Rückgang der Währung verbunden war. Das erklärt sich so: Der Wert der Banknoten im Verkehr mit dem Ausland ist dadurch bestimmt, daß für sie stets Gold gegeben wird. Es können kleine Schwankungen eintreten, die durch stärkeres Angebot oder überwiegende Nachfrage hervorgerufen werden. Aber dieser Auswirkung sind sehr enge Grenzen gesetzt. Alle der Wert deutscher Banknoten zu lehren würde der deutsche Käufer ausländischer Ware die Goldlieferungsgebühren nicht übernehmen und in Gold zahlen. Und angelernt: Scheine deuten die Banknoten dem Holländischen Kunden zu teuer. So wird er die Noten des Geldtransports auf sich nehmen und Geld nach Deutschland schicken. Mit anderen Worten: die Schwankungen der Währung waren in normale Zeit durch die Goldlieferungsgebühren begrenzt.

Auf der Einstellung der Goldlieferungen hätte das auf die Bewertung der deutschen Banknoten hängen können, von dem höheren oder geringeren Angebot, das durch Goldlieferungen oder mit seltener Notenkurzur findet, von der Bewertung einer politischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, von der Erwartung des Friedens usw. ab. Der Zustand der

heutigen Marktlage im Ausland wird nicht so schwer empfunden, wie es in gewöhnlichen Zeiten der Fall wäre, einfach, weil wir nicht viel importieren und hohe Preise längst den Preis der Rendite verloren haben. Aber der Zigarettenraucher oder die Kautzschuhwerke oder Eisenwerke wissen ein Bild davon zu singen. Am Frieden wird das alles viel deutlicher in Erinnerung treten. Nach Ansicht aber als der Zustand der deutlichen Währung ist ihr häufiges Schwanken, das jedes Auslandsgerüst zu einem Spekulationsobjekt macht und eine hohe Risikoprämie bringt, die den Preis steigert.

Es ist also höchst münzenwert, daß die Reichsbank ihre Goldzahllungen wieder aufnimmt. Diesem Ziel kommen wir tendenziell näher, wenn viel Kriegsanleihe gezeichnet wird. Die Kreditaufnahmen, die es tun, handeln im eigenen wohlbekannten Interesse.

Aber wie kann der eingangs dieses Artikels gezogene Vergleich zwischen dem Vertrag der bewilligten Kredite und der Höhe der Anteilsbezeichnungen zeigt, hinter die dem Reich kam. Der Vertrag wird durch eine sehr hohe Vermögensabgabe gedacht werden müssen, die in erster Linie zur Minderung der laufenden Schulden des Reichs berufen ist. Sie wird den Rennwert der Vermögen zwar mindern, aber ihre Vermögenswerte ungleich mehr steigern, indem sie beitragen durch die Konzentration der Währung dem Kapital den Vertrag mit dem Ausland zu erleichtern und dem Kapitalisten Kreditmöglichkeit erlaubt, die ihm sonst in einer Zeit von wahrscheinlich großer Geldnachfrage und Geldknappheit verloren würden.

Ausland.

Japan.

Gewaltige Rüstungspläne.

Keiner Coomappa verfügt eine Korrespondenz aus Tokio, wonach bei einem Anfang Jahr abgeschlossenen japanischen Kriegs- oder Friedensvertrag der Bonds und Seemächte beteiligt waren. Die Armee, die bisher 21 Divisionen in 4 Regimentsgruppen hätte, soll mit einem Aufschwung von 174 Divisionen, das auf 42 Divisionen zu 3 Regimenten erhöht werden, die in 24 Armeekorps aufgeteilt. Die Marine soll auf 3 Schlachtkreuzer zu je 8 Kreuzernreihen nebst einem Kreuzergeschwader von 8 Linienschiffen gebaut werden, wobei die Kosten auf 100 Millionen Yen veranschlagt sind. Neben den Zeiträumen der Durchführung des Programms, dessen Voraussetzung das vertragliche Verhandlung und Geldnachfrage verlangt.

Die Rüstungspläne beweisen u. a. Japan erwartet offenbar nicht, daß die Rüstungen nach dem Kriege abnehmen werden, und das aus dem vorgezogenen Vertrag zur Erhaltung des Friedens nicht werden wird. Sicherlich bedeutet das neue Rüstungsprogramm jedoch, daß Japan entschlossen ist, sich einer Rüstung auf die Kosten von feinen Freunden unbedingt zu wenden. Den vorliegenden Rüstungsprogrammmac erklären mit Rücksicht auf die Bedingungen in Asien und China aufgeteilt. Offensichtlich dienten die neuen Pläne sowohl ein erweitertes Ziel, als auch eine intensivere Politik an.

Die begehrten Sozialdemokraten.

Die innerpolitischen Dinge sind noch im Fluss, ohne daß irgend ein Entscheidung stattgefunden hat. In Berlin haben am Sonntag wieder Besprechungen stattgefunden. Der Staatssekretär des Außenwesens sowie der Botschafter haben eine Anzahl Abgeordnete empfangen. Aus den Kreisen der bürgerlichen Rechtsparteien wird immer wieder der bei der gegenwärtigen Situation verständliche Wunsch geäußert, daß die Sozialdemokratie in die Regierung eintreten möge. So meint die liberale Korrespondenz, daß offizielle Organe der sozialdemokratischen Partei: Erkläre sich deutlich, die Sozialdemokratie darf, auch mit den bürgerlichen Rechtsparteien die Verantwortung für die Zeitung des Reiches zu teilen, so bedeute das einen ungeheueren Nutzen an Kraft. Außerdem würde damit auch das Vertrauen in die Friedensbereitschaft der deutschen Regierung gewährt, denn die Grundzüge der Resolution vom 10. Juli vorherigen Jahres gehärtet werden.

Das ist freilich richtig, aber natürlich nur dann, wenn endlich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Volks in den in Frage stehenden Oligarchien Ernst gemacht wird. Es müßte vor Einteilung sozialdemokratischer Mitglieder in die Regierung die Anerkennung übernommen werden, sondern eine Vorsicht geübt werden, mit der sich die Sozialdemokratie vollständig einverstanden erklären könnte. Vor allen Dingen würde eine recht gründliche Umdeutung in der von uns eingeschlagenen Chancen dazu gehören. Die Sozialdemokratie könnte in die deutsche Regierung nur eintreten, wenn endlich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Volks in den in Frage stehenden Oligarchien Ernst gemacht wird.

Hier steht, daß die Sozialdemokratie nicht als Kongressabschluß einzutreten, sondern eine Vorsicht geübt werden, mit der sich die Sozialdemokratie vollständig einverstanden erklären könnte. Vor allen Dingen würde eine recht gründliche Umdeutung in der von uns eingeschlagenen Chancen dazu gehören. Die Sozialdemokratie könnte in die deutsche Regierung nur eintreten, wenn endlich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Volks in den in Frage stehenden Oligarchien Ernst gemacht wird.

Hier steht, daß die Sozialdemokratie nicht als Kongressabschluß einzutreten, sondern eine Vorsicht geübt werden, mit der sich die Sozialdemokratie vollständig einverstanden erklären könnte. Vor allen Dingen würde eine recht gründliche Umdeutung in der von uns eingeschlagenen Chancen dazu gehören. Die Sozialdemokratie könnte in die deutsche Regierung nur eintreten, wenn endlich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Volks in den in Frage stehenden Oligarchien Ernst gemacht wird. Es müßte vor Einteilung sozialdemokratischer Mitglieder in die Regierung die Anerkennung übernommen werden, sondern eine Vorsicht geübt werden, mit der sich die Sozialdemokratie vollständig einverstanden erklären könnte. Vor allen Dingen würde eine recht gründliche Umdeutung in der von uns eingeschlagenen Chancen dazu gehören. Die Sozialdemokratie könnte in die deutsche Regierung nur eintreten, wenn endlich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Volks in den in Frage stehenden Oligarchien Ernst gemacht wird.

Hier steht, daß die Sozialdemokratie nicht als Kongressabschluß einzutreten, sondern eine Vorsicht geübt werden, mit der sich die Sozialdemokratie vollständig einverstanden erklären könnte. Vor allen Dingen würde eine recht gründliche Umdeutung in der von uns eingeschlagenen Chancen dazu gehören. Die Sozialdemokratie könnte in die deutsche Regierung nur eintreten, wenn endlich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Volks in den in Frage stehenden Oligarchien Ernst gemacht wird.

Hier steht, daß die Sozialdemokratie nicht als Kongressabschluß einzutreten, sondern eine Vorsicht geübt werden, mit der sich die Sozialdemokratie vollständig einverstanden erklären könnte. Vor allen Dingen würde eine recht gründliche Umdeutung in der von uns eingeschlagenen Chancen dazu gehören. Die Sozialdemokratie könnte in die deutsche Regierung nur eintreten, wenn endlich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Volks in den in Frage stehenden Oligarchien Ernst gemacht wird.

Hier steht, daß die Sozialdemokratie nicht als Kongressabschluß einzutreten, sondern eine Vorsicht geübt werden, mit der sich die Sozialdemokratie vollständig einverstanden erklären könnte. Vor allen Dingen würde eine recht gründliche Umdeutung in der von uns eingeschlagenen Chancen dazu gehören. Die Sozialdemokratie könnte in die deutsche Regierung nur eintreten, wenn endlich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Volks in den in Frage stehenden Oligarchien Ernst gemacht wird.

Hier steht, daß die Sozialdemokratie nicht als Kongressabschluß einzutreten, sondern eine Vorsicht geübt werden, mit der sich die Sozialdemokratie vollständig einverstanden erklären könnte. Vor allen Dingen würde eine recht gründliche Umdeutung in der von uns eingeschlagenen Chancen dazu gehören. Die Sozialdemokratie könnte in die deutsche Regierung nur eintreten, wenn endlich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Volks in den in Frage stehenden Oligarchien Ernst gemacht wird.

Hier steht, daß die Sozialdemokratie nicht als Kongressabschluß einzutreten, sondern eine Vorsicht geübt werden, mit der sich die Sozialdemokratie vollständig einverstanden erklären könnte. Vor allen Dingen würde eine recht gründliche Umdeutung in der von uns eingeschlagenen Chancen dazu gehören. Die Sozialdemokratie könnte in die deutsche Regierung nur eintreten, wenn endlich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Volks in den in Frage stehenden Oligarchien Ernst gemacht wird.

Hier steht, daß die Sozialdemokratie nicht als Kongressabschluß einzutreten, sondern eine Vorsicht geübt werden, mit der sich die Sozialdemokratie vollständig einverstanden erklären könnte. Vor allen Dingen würde eine recht gründliche Umdeutung in der von uns eingeschlagenen Chancen dazu gehören. Die Sozialdemokratie könnte in die deutsche Regierung nur eintreten, wenn endlich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Volks in den in Frage stehenden Oligarchien Ernst gemacht wird.

Hier steht, daß die Sozialdemokratie nicht als Kongressabschluß einzutreten, sondern eine Vorsicht geübt werden, mit der sich die Sozialdemokratie vollständig einverstanden erklären könnte. Vor allen Dingen würde eine recht gründliche Umdeutung in der von uns eingeschlagenen Chancen dazu gehören. Die Sozialdemokratie könnte in die deutsche Regierung nur eintreten, wenn endlich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Volks in den in Frage stehenden Oligarchien Ernst gemacht wird.

Hier steht, daß die Sozialdemokratie nicht als Kongressabschluß einzutreten, sondern eine Vorsicht geübt werden, mit der sich die Sozialdemokratie vollständig einverstanden erklären könnte. Vor allen Dingen würde eine recht gründliche Umdeutung in der von uns eingeschlagenen Chancen dazu gehören. Die Sozialdemokratie könnte in die deutsche Regierung nur eintreten, wenn endlich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Volks in den in Frage stehenden Oligarchien Ernst gemacht wird.

Hier steht, daß die Sozialdemokratie nicht als Kongressabschluß einzutreten, sondern eine Vorsicht geübt werden, mit der sich die Sozialdemokratie vollständig einverstanden erklären könnte. Vor allen Dingen würde eine recht gründliche Umdeutung in der von uns eingeschlagenen Chancen dazu gehören. Die Sozialdemokratie könnte in die deutsche Regierung nur eintreten, wenn endlich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Volks in den in Frage stehenden Oligarchien Ernst gemacht wird.

Hier steht, daß die Sozialdemokratie nicht als Kongressabschluß einzutreten, sondern eine Vorsicht geübt werden, mit der sich die Sozialdemokratie vollständig einverstanden erklären könnte. Vor allen Dingen würde eine recht gründliche Umdeutung in der von uns eingeschlagenen Chancen dazu gehören. Die Sozialdemokratie könnte in die deutsche Regierung nur eintreten, wenn endlich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Volks in den in Frage stehenden Oligarchien Ernst gemacht wird.

Hier steht, daß die Sozialdemokratie nicht als Kongressabschluß einzutreten, sondern eine Vorsicht geübt werden, mit der sich die Sozialdemokratie vollständig einverstanden erklären könnte. Vor allen Dingen würde eine recht gründliche Umdeutung in der von uns eingeschlagenen Chancen dazu gehören. Die Sozialdemokratie könnte in die deutsche Regierung nur eintreten, wenn endlich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Volks in den in Frage stehenden Oligarchien Ernst gemacht wird.

Hier steht, daß die Sozialdemokratie nicht als Kongressabschluß einzutreten, sondern eine Vorsicht geübt werden, mit der sich die Sozialdemokratie vollständig einverstanden erklären könnte. Vor allen Dingen würde eine recht gründliche Umdeutung in der von uns eingeschlagenen Chancen dazu gehören. Die Sozialdemokratie könnte in die deutsche Regierung nur eintreten, wenn endlich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Volks in den in Frage stehenden Oligarchien Ernst gemacht wird.

Hier steht, daß die Sozialdemokratie nicht als Kongressabschluß einzutreten, sondern eine Vorsicht geübt werden, mit der sich die Sozialdemokratie vollständig einverstanden erklären könnte. Vor allen Dingen würde eine recht gründliche Umdeutung in der von uns eingeschlagenen Chancen dazu gehören. Die Sozialdemokratie könnte in die deutsche Regierung nur eintreten, wenn endlich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Volks in den in Frage stehenden Oligarchien Ernst gemacht wird.

Hier steht, daß die Sozialdemokratie nicht als Kongressabschluß einzutreten, sondern eine Vorsicht geübt werden, mit der sich die Sozialdemokratie vollständig einverstanden erklären könnte. Vor allen Dingen würde eine recht gründliche Umdeutung in der von uns eingeschlagenen Chancen dazu gehören. Die Sozialdemokratie könnte in die deutsche Regierung nur eintreten, wenn endlich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Volks in den in Frage stehenden Oligarchien Ernst gemacht wird.

Hier steht, daß die Sozialdemokratie nicht als Kongressabschluß einzutreten, sondern eine Vorsicht geübt werden, mit der sich die Sozialdemokratie vollständig einverstanden erklären könnte. Vor allen Dingen würde eine recht gründliche Umdeutung in der von uns eingeschlagenen Chancen dazu gehören. Die Sozialdemokratie könnte in die deutsche Regierung nur eintreten, wenn endlich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Volks in den in Frage stehenden Oligarchien Ernst gemacht wird.

Hier steht, daß die Sozialdemokratie nicht als Kongressabschluß einzutreten, sondern eine Vorsicht geübt werden, mit der sich die Sozialdemokratie vollständig einverstanden erklären könnte. Vor allen Dingen würde eine recht gründliche Umdeutung in der von uns eingeschlagenen Chancen dazu gehören. Die Sozialdemokratie könnte in die deutsche Regierung nur eintreten, wenn endlich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Volks in den in Frage stehenden Oligarchien Ernst gemacht wird.

Hier steht, daß die Sozialdemokratie nicht als Kongressabschluß einzutreten, sondern eine Vorsicht geübt werden, mit der sich die Sozialdemokratie vollständig einverstanden erklären könnte. Vor allen Dingen würde eine recht gründliche Umdeutung in der von uns eingeschlagenen Chancen dazu gehören. Die Sozialdemokratie könnte in die deutsche Regierung nur eintreten, wenn endlich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Volks in den in Frage stehenden Oligarchien Ernst gemacht wird.

Hier steht, daß die Sozialdemokratie nicht als Kongressabschluß einzutreten, sondern eine Vorsicht geübt werden, mit der sich die Sozialdemokratie vollständig einverstanden erklären könnte. Vor allen Dingen würde eine recht gründliche Umdeutung in der von uns eingeschlagenen Chancen dazu gehören. Die Sozialdemokratie könnte in die deutsche Regierung nur eintreten, wenn endlich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Volks in den in Frage stehenden Oligarchien Ernst gemacht wird.

Hier steht, daß die Sozialdemokratie nicht als Kongressabschluß einzutreten, sondern eine Vorsicht geübt werden, mit der sich die Sozialdemokratie vollständig einverstanden erklären könnte. Vor allen Dingen würde eine recht gründliche Umdeutung in der von uns eingeschlagenen Chancen dazu gehören. Die Sozialdemokratie könnte in die deutsche Regierung nur eintreten, wenn endlich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Volks in den in Frage stehenden Oligarchien Ernst gemacht wird.

Hier steht, daß die Sozialdemokratie nicht als Kongressabschluß einzutreten, sondern eine Vorsicht geübt werden, mit der sich die Sozialdemokratie vollständig einverstanden erklären könnte. Vor allen Dingen würde eine recht gründliche Umdeutung in der von uns eingeschlagenen Chancen dazu gehören. Die Sozialdemokratie könnte in die deutsche Regierung nur eintreten, wenn endlich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Volks in den in Frage stehenden Oligarchien Ernst gemacht wird.

Hier steht, daß die Sozialdemokratie nicht als Kongressabschluß einzutreten, sondern eine Vorsicht geübt werden, mit der sich die Sozialdemokratie vollständig einverstanden erklären könnte. Vor allen Dingen würde eine recht gründliche Umdeutung in der von uns eingeschlagenen Chancen dazu gehören. Die Sozialdemokratie könnte in die deutsche Regierung nur eintreten, wenn endlich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Volks in den in Frage stehenden Oligarchien Ernst gemacht wird.

Montag der 23. September 1918

Dresdner Volkszeitung

Seite 4

Gierverteilung.

§ 1. Für die Woche vom 22. bis 28. September 1918 darf von den zum Gierverkauf zugelassenen Geschäften abweichen werden:
1. auf jede Lebensmittelliste (graue und gelbe) ein Ei,
2. an Gastwirte, Konditoren und Bäcker 50% von der durch Bezugsschein befehligen oder durch amtliche Ermittlung festgestellten Wochenbedarfsmenge in Bruttobetrag.

Der Verkauf an die Verbraucher findet von Freitag den 27. September 1918 an statt. Die Waren sind von den Verbrauchern in den Kleinhandelsgeschäften bis spätestens Sonnabend den 28. September abzuholen.
Der Preis für jedes Ei beträgt 55 Pf. Es ist dem Ei mit roter Farbe aufgedruckt.
§ 2. Zu widerhandlungen werden nach § 19 der Ratsbeschlussordnung vom 2. September 1918 verstrafen.

Dresden, am 21. September 1918.

Der Rat zu Dresden.

Viktoria-Theater

Heute und folgende Tage:

Gastspiel

Komiker Paul Beckers

und Gesellschaft

in der Varieté-Burleske:

Fliegentüten-Heinrichs
Glück

[S 177]
Von M. Neumann. Musik von V. Holländer.

Sonntags 2 Vorstellungen:
4 Uhr und 8 Uhr

MUSENHALLE

Vorft. Löbtau, Leipziger Str. 17, Straßenz. 7, 13, 22.

Täglich 8.10 Die G. Mielke-Woche ???

Für die Mutter! Gebensbill mit Geisig und

Ruhr von G. Mielke.

Der alte Droschkenfischer. Volkstheater mit Geisig

und Ruhr von G. Mielke. [W 16]

Rollendes Schäßholz. Große Verwandlungsszene.

Neue Dekoration.

Bei mir ist dieses Programm nichts Neues! Es ist hier!

Dresdner Spezial-Kleider-Magazin
Inh. Karl Kreidl, Mitgl. d. A.-R.-B. Solidarität
Töpferstraße 1, 1. Stock, empfiehlt

Kostüme, Blusen, Mäntel, Röcke

Kein Laden. Mäßige Preise. Tel. 21157. [S 125]

Brennholz

Feuerne Metersteine und
brennende Zweimeterrollen,
empfiehlt im großen Mengen

Gustav Döring

Böttchappel, am Gabenhof.

Abfallholz

Schwärze, Spreihe, feuerne
Rollen & Zellulosepulpa vert.

Holzholt, Kohle, Rosenkohle.

4.

Mähmaschinen jeder Art,

a. Schub-

mäher, Schredder, Zellulose-

Lauft stets Mühze, Sternpl. 2

Kaufe Zigaretten!

1 Millionen in Steuerfreiheit 14

bis 1. Cigarren erbeten. JW 45

Josef Keller, Batau, Kr. F. vor.

Die tägliche Erfahrung zeigt uns, daß das Besitzen des Mieteingangsamtes noch nicht genügend bekannt ist.

Mieter Dresdens?

Die tägliche Erfahrung zeigt uns, daß das Besitzen des Mieteingangsamtes noch nicht genügend bekannt ist.

Wir weisen deshalb wiederholt darauf hin, daß der Mieter

Schutz gegen ungerechtfertigte Mietsteigerungen
und gegen unbegründete Kündigungen

bei dem

Mieteingangsamt der Stadt Dresden, Breite Straße 9, I.

findet; er muß das Eingangsamt nur unverzüglich nach Eingang der Kündigung anrufen.

Die Kündigung einer Steigerung ist nicht etwa ein Grund zur Kündigung. Über die Berechtigung der Steigerung entscheidet eben das Mieteingangsamt, das in jedem Falle bei den Gründen für die Kündigung nach die Gründe für die Steigerung prüfen muß.

Unre. Beauftragte Stelle Marienstraße 20 ist zu jeder Kündigung und Hilfeleistung gern bereit; dasselbst sind auch Formulare zur Antragstellung kostenfrei erhältlich. [S 620]

Der Allgemeine Mietbewohnerverein zu Dresden.

Quellen-Bücher für die Jugend.
Stück 30 bis 50 Pf.

Volksbuchhandlung.

Wettinerplatz 10.

Volksbuch

Montag den 23. September 1918

Dresdner Volkszeitung

Gärtner bestandsanzeigen machte der Hubergeschäftsinhaber Max Georg Göttel in Bühlau gelegentlich der böhmdischen Betriebsaufnahme im Februar d. J. Er verabschiedete mehrere Rentner, Sohn und 3-4 Rentner Kugeln, die er auf einem Boden versteckt. Vor dem Schöffengericht gab er an, er habe das Geschäft nur für seinen zum Heere eingetretenen Bruder und sei nicht genügend orientiert gewesen. Mit seinen Angaben hatte er auch eine Freisprechung erreicht. Gegen das Urteil legte aber die Staatsanwaltschaft Berufung ein, werauf die Sache an die Anwaltsschule des Landgerichts gewichen wurde. Hier lautete das Urteil auf jedem Wagen Gefängnis und 2000 M. Strafe oder weitere 200 Tage Haftstrafe.

Auskunft über deutsche Zivilpersonen in Amerika. Zwischen der deutschen und der amerikanischen Regierung ist die Einführung von sogenannten Suchbogen vereinbart worden, die dazu dienen sollen, den deutschen Angehörigen in kurzer Zeit Meldungen über den Aufenthaltsort und das befinden bestimmter auf freiem Fuße lebender Zivilpersonen in den Vereinigten Staaten von Amerika zu können zu lassen. Anträge zur Nachförderung nach dem Verbleib sozialer Einwanderer können unter genauer Angabe des letzten Aufenthaltsorts der betreffenden Zivilpersonen an die Deutschen Auskunftsstelle für Auswanderer in Dresden, Kreischausammlungsstelle gerichtet werden.

Eine Minute nach 12 Uhr. Zur Ausführung des am 1. Oktober in Kraft tretenden Gesetzes über die neue Reichsabgabe der Post- und Telegraphenverwaltung hat das Reichsministerium folgende Anordnung erlassen: Sie in der Nacht zum 1. Oktober um 12 Uhr 1 Minute und später eingehaltenen Sendungen unterliegen der neuen Reichsabgabe. Die Hauptpoststellen der Postanstalten und die Briefstellen der Bahnhöfen müssen, sonder Unterbeamte im Dienst sind, um 12 Uhr mindestens außergewöhnlich geleert werden. Sendungen aus Briefstellen, die nicht um Mitternacht geleert worden sind, sind bei der ersten Leerung am 1. Oktober nicht als unzureichend freigemacht anzusehen, wenn die Veröffentlichung der Reichsabgabe auf ihnen unterschrieben ist.

Einmal erkämpft und doch noch lebendig. Eine traurische Szene trug sich in Kötzig zu. Der wurde plötzlich die Gestalt eines Altersgeistes verändert. Als die Polizeikräfte von der Eisenbahndirektion heimlich waren, machten sie die Entdeckung, daß während der Dienstzeit aus der Eisenbahnkasse ein Teil Goldes entzogen worden war. Der Erntedankfest des Dörfes herbeigeführte Gendarmeriebeamter fand am Sonnabend die Tasche bei einer Witwe hinter einem Bettlager versteckt vor. Als er den beschädigten Witwer von dem Aufinden des Geheimen Wissens gemacht hatte und mit diesem in die Wohnung der Dienbin zurückkehrte, fanden sie diese in der Glorie ergänzt vor. Aus der Schlange gewölbt, konnte sie nach einer Weile ins Bett zurückgekehrt werden. Am Montag wurde dem Gendarmen von dem Witwer abermals Meldung gemacht, daß ihm auch ein Bett gestohlen sei. Dieser begann sich wieder zu der Frau, die den Diebstahl des Bettes aber bestreit. Bei einer abermals vorgenommenen Hausdurchsuchung wurde das Bett in der Bodenkammer des Verdächtigen aufgefunden. Beim abermaligen Betreten ihrer Wohnung fand der Beamte die Frau wieder hängend vor. Die Wiederlebensversuche hatten auch diesmal wieder Erfolg.

Eine Kugel rößt geklönt. Gemeinschaftlichen Diebstahl brachten den Autukher Egon Krause und den Heser Paul Göttsche auf die Anklagebank. Sie war in einem bösigen Kohlengeschäft in Stellung und lernte in dem Lokal, in dem es immer frischkäse waren, den Mitangestellten Eieg kennen. Sie wurden einig, bei passender Gelegenheit eine hübe Nodden oder Rößt verstecken zu lassen und zu vertauschen. Am 5. Juli hatte R. auf dem Rohrbahnholz eine Rößt Rößt zu entladen. Darauf benachrichtigte er seinen Freund S. Tieferling in eine Gardinenfabrik und bat eine hübe Rößt an, die ihm auch abgenommen und mit 588 M. bezahlt wurde. R. holte aus der Rößt drei Tagen voll an den richtigen Bezugsmittelpunkt geführt und die vierte hübe wurde in die Gardinenfabrik gebracht. Das Geld sollte geteilt werden. Es war aber schwer kom, erfolgte die Verhaftung der beiden "Gehilfen". Rößt fand schon mehrfach vorbereitet. Das Urteil lautete bei R. auf ein Jahr, drei Monate bei S. auf neun Monate Gefängnis und je drei Jahre Ehrentrecksstrafe.

Bereits wird ein Et auf jede Lebensmittelkarte (graue und gelbe) für die Woche vom 22 bis 28. September. Verkauf ab Freitag den 27. September. — Auf Ausweis 200 werden 200 Gramm Käse zu einem abgebogen.

Zum bevorstehenden Quarantänezeit erhalten alle Frauen keinen Rost und Rostum in Mietangelegenheiten in den Spezialkliniken des Reichsverbundes für Frauen, Bischofsstraße 7. 1. werktags von 5 bis 7 Uhr nachmittags (eher Donnerstag). Der Abheiterung ist mitzubringen.

U.T.-Platzspiele. Das Dimmisch ist wieder am Nachmittags 4 Uhr, Einlaß 3½ Uhr, auch für Jugendliche gestattet.

4. Kreis. Dresden-Reutstadt, Blecken, Trachenberge. Frauen! Mittwoch den 25. September gemeinsamer Männerabend nach Endel Torgau 8½ Uhr. Treffpunkt: Reutstadt 7½ Uhr, Bischofsplatz; Blecken-Trachenberge 7½ Uhr, Nachbürger Platz. Die Genossinnen werden erfreut, recht zahlreich und tüchtlich zu erscheinen. Höre willkommen.

Bezirk Löbtau. Morgen, Dienstag abends 8½ Uhr, in Kämpfes Restaurant, Wernerstraße, Mitgliederversammlung, Lagesordnung; Vortrag über die innerpolitischen Aufgaben der Sozialdemokratie. Vorstandsbericht. Die wichtige Lagesordnung macht das Erklären aller Genossinnen und Genossen zur unabdinglichen Pflicht.

Vermeide Nachstellen. In der Löbtauer Stadt war ein 50jähriger Mann durch Einheiten von Leutnant hinzugetötet worden. Es gelang noch 20 Minuten, ihn zum Geweckstein zurückzubringen, worauf seine Überführung nach der Kirche und Pfarrhaus erfolgte. — Vom Schißsal hart betroffen wurde die Familie eines im gleichen Gebäude lebenden Arbeiters aus Klein-Löbtau. Infanterie der lebendigen Ruheschlafungen starben in kurzer Zeit drei Kinder. — Ein Fahnenkardinal wurde in Görlitz von dem Leibjäger-Dragón erschossen. — Ein 50jähriger Hilfsmalzähler wurde an seiner Arbeitsstätte im Weißerort Broditz tot aufgefunden. Nun waren beide Fälle abgetragen. Der Löbtauer war außerdem Verletzungen am Fuß und an den Händen auf. Vermutlich ist er in die Maschine geraten.

Ende der Umgebung.

Brücke. Die Bezirkshilfeselarten sind umgehend in den städtischen Geschäften zur Belieferung anzunehmen bzw. abzugeben. Diejenigen Einwohner, die Kartoffeln auf ihre Besitzer-

partien von Landwirten nicht beliefert erhalten, werden durch die Gemeindesuperintendentur auf die betreffenden Kartoffeln beliefert. Preise und Rückerstattungen noch bekanntzugeben.

Kennsp. Dienstag den 24. September Batterieverlauf, 10 Uhr und 20 Uhr. Am nächsten Tage wird jede Anmeldung mit einem Et zu 20 Pf. beliebt.

Dresden. Auf Abschnitt 5 der Eisenbahn kann in den zur Kundenliste angemeldeten Betriebstellen ein Et für 55 Pf. bezogen werden. Wegen ungenügender Umsaß können diesmal die Kartoffelhaber mit den Anfangsabnahmen 6 bis 8 nicht mit beliefert werden. Die Kugel sinkt ins spätere heute Montag abwholen. — Ein kleiner Kostenbeitrag soll zur Belieferung anlangen. Auf Abschnitt 14 der gelben und grünen Durchgangsstrecke können in den Grünmarkierungen von früher Dresdner Straße und Küschel, Poststraße, je 2 Pfund bezogen werden. Verkaufspreis 80 Pf. fürs Pfund. Die grünen Hanschallungskarten werden später bestellt.

Reichs nur noch ganz vereinzelt Mitglieder. Und dies sind meist ältere Verbandsangehörige, die zum großen Teil im Beruf nicht mehr tätig sind. Als Holschneider sind im ganzen Reich nur in Berlin noch ein kleiner Teil in den Röderverträgen beschäftigt. Schon in den letzten Friedensjahren mußten viele Mitglieder den erledigten Beruf aufgeben, und es erscheint möglich, daß nach dem Ende des Kriegs diesbezüglich durch die anderen graphischen Repressionsberäderungen beeinträchtigt wird. Während der Verband am 1. Juni 1919 noch über 500 Mitglieder zählte, waren es bei Ausbruch des Krieges nur noch 412, und am 1. Januar 1918, bei dem der Mitgliedsbestand noch 97. Der Nachwuchs hat ganz aufgehört, schon vor dem Krieg wurden Schriften nicht mehr ausgebildet. Der Verbandsvorstand verzerrt in einem Rundschreiben an die Mitglieder die Aussicht, daß der Verband seinen alten Mitgliedsbestand nicht mehr annähern erreichen wird und daher in seiner früheren Tätigkeit als Organisation nicht mehr aufrecht erhalten läßt. Er will selbst als Organisation sich als Organisation aufzulösen und das Vermögen der Allgemeinen Krankenzulassungs- und Begräbnisstiftung zu überweisen. Nach Beendigung des Krieges soll allabend eine Konferenz einberufen werden, die hierüber entscheiden soll.

Ausland.

Bankrott des Maurerverbands in Copenhagen.

Der Gewerkschaftsverein der Copenhauner Maurer ist in letzter Zeit beträchtlich vom ständigen Schiedsgericht bestimmt zu leiden gehabt. Schon in Friedenszeiten war es nicht leicht, den Vertrag aufrecht zu erhalten; durch den Krieg ist das unmöglich geworden. Die Vertragsabteilung hat ganz aufgehört, auch die Arche des Mitgliedes zu führen. Das Ergebnis der Verbandszählung wurde jetzt der gesamten Kastenbank auf Grund des leichten Urteils 7000 Kronen gespendet. Der Gewerkschaftsverein dürfte nunmehr seinen Kontakt anmelden.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein sterbender Beruf.

Durch die Wirkungen des Krieges hat der Fotografenverband von allen graphischen Gewerkschaftsorganisationen am allermeisten zu leiden gehabt. Schon in Friedenszeiten war es nicht leicht, den Vertrag aufrecht zu erhalten; durch den Krieg ist das unmöglich geworden. Die Vertragsabteilung hat ganz aufgehört, auch die Archiv des Mitgliedes zu führen. Das Ergebnis der Verbandszählung wurde jetzt der gesamten Kastenbank auf Grund des leichten Urteils 7000 Kronen gespendet. Der Gewerkschaftsverein dürfte nunmehr seinen Kontakt anmelden.

Die Zirkusversammlung der Angestellten und Arbeiter des Arealen.

Das Ortskärtchen militärischer Betriebe zu Dresden und Nadeberg hatte für Sonntag, vormittags 11 Uhr, in den Circus Carrasani eine Betriebsversammlung aller in den Königlich Sachsischen militärischen Betrieben (Arealen) zu Dresden und Nadeberg beschäftigten Angestellten und Arbeiter beiderlei Geschlechts zur Besprechung der von den Arbeiter- und Angestellten-Ausschüssen eingerichteten Wünsche aus zeitweiliger Versicherungseinheit. Das große über 5000 Personen fassende Zirkusgebäude war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Versammlung nahm einen imponanten Verlauf.

Der Vorsitzende des Ortskärtchens, Heinrich Marx vom Deutschen Metallarbeiterverband, teilte in seiner Eröffnungsrede mit, daß alle maßgebenden Behörden zu der Versammlung eingeladen werden seien; sie hätten den Empfang der Einladungen bestätigt, aber bedauert, ihnen nicht Folge leisten zu können. Dann wies er darauf hin, daß die Neuregelung der Lebensverhältnisse vom September 1917, die damals den Heimatbehältnissen nicht entsprach, durch das ziehende weitere Steigen der Preise für alle Lebensverhältnisse im letzten Jahre keine Zeit weit überholt worden sei. Daher sei erstmals von den verschiedenen Angestellten- und Arbeitergruppen eine Aufhebung der Kosten und Gehälter gefordert, von der Feldzeugmeisterei aber seit unter Hinweis auf ihre Wichtigkeit abgelehnt worden. Um ihre Wünsche einheitlich und möglichst zur Geltung zu bringen, hätten sich alle Organisationen der Arbeiter und Angestellten des Arealen zu dem Ortskärtchen militärischer Betriebe zusammengetroffen, das am 11. September in Gemeinschaft mit den Arbeiter- und Angestellten-Ausschüssen durch eine Einigung die weitere Erhöhung der Preisen von 80 auf 80 Pf. für die Stunde gefordert habe. Die daraus von den Feldzeugmeisterei vorgezeichnete Regelung sei aber durchaus unzureichend; sie bedeute, daß die große Masse der Angestellten und Arbeiter leer ausgehen müsse.

Als Hauptredner der Betriebsversammlung führte der Vorsitzende des Vereinigungsbundes, Reichsabgeordneter Giebel (Berlin), auf: Man habe den Krieg früher begrüßt als den Durchbruch und das Stabhaben der Böller. Annozisten wähle die Kriegerie Einigung. Schammfluten über Schlammlüften von Blut und Tod über die breiten Massen der westfälischen Bevölkerung. Eine Erhöhung, nemlich auf wirtschaftlichem Gebiete, sei eingetreten, unter der vornehm die auf die Verbesserung ihrer Arbeitskraft angewiesenen Vollzugsbeamten am allerhöchsten zu leben haben. Auf der einen Seite märktechnische Arbeitsgewinne und Aufzehrung von Millionen in den Händen kleinen Großindustrielles und prokuratorischer Personengruppen, auf der anderen Seite häufig zunehmende Verbesserung der großen Masse des Volkes. Die Märsche von den Riesenarbeiten der Arbeiter in der Rüstungsindustrie seien längst ad absurdum geführt. Die Stangenlohn, wie sie festgesetzt sind, genügen auch nicht anstrengend den wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Bevölkerung. (Sehr richtig!) Die Erhöhung der Angestelltengehälter habe sich als noch weniger bewährt als erwünscht als die der Arbeiter Gehalte. Weder das Einkommen der Angestellten, noch das der Arbeiter reiche aus, um die ungeheure Kosten der Lebenshaltung zu decken; schlecht beliebt und unterschiedlich droht ihnen die fortwährende Zusammenbruch, wenn nicht Abschaffung geschaffen werde. Daher müsse die heutige Versammlung denjenigen Stellen, die sich den Notwendigkeiten der Zeit gegenüber als äußerst schwächer erweisen haben, das Gewissen schämen. Heute seien die sozialen Rüstungsbetriebe nicht Musterbeispiele für die fortwährenden Arbeitgeber, sondern für die rücksichtsvollen Kreise der Schwerindustrie. (Sehr richtig!) Das Gros der Angestellten befindet sich in der Stille mit Stundenlohn von 1 bis 20 Pf., die Mehrzahl der Arbeitnehmer habe Stundenlohn von 1,10 bis 1,30 Pf. in den höchsten militärischen Betrieben. Diese Verdienste bleiben hinter denen in den privaten Mühlenindustrien zurück und sie entziehen der höchsten Verantwortung der sozialen Lebenshaltung in keiner Weise. Statt der notwendigen Aufzehrung mache sich bei den Anstellten sogar eine entgegengesetzte Tendenz bemerkbar. Als die letzten Teuerungs- zu einer Erhöhung erhielten, habe man gleichzeitig die Sonderzulagen aufgehoben, wodurch eine Verkürzung des Monatsentgelts um 25 bis 50 Pf. eingetragen sei. Daher sei die Verkürzung durchaus berechtigt, daß neben der weiteren Erhöhung der Zulagen vor allen Dingen auch der Abschaffung dieser Sonderzulagen zu bedenken ist. Die beobachtete gewisse Verbesserung einer bestimmten Gruppe von Angestellten sei mit alter Entwickeltheit abzurechnen. Die Maßnahme würde eine wirtschaftlich zuverlässige Erhöhung der Angestelltengehälter habe sich als noch weniger bewährt als erwünscht als die der Arbeiter Gehalte. Weder das Einkommen der Angestellten, noch das der Arbeiter reiche aus, um die ungeheure Kosten der Lebenshaltung zu decken; schlecht beliebt und unterschiedlich droht ihnen die fortwährende Zusammenbruch, wenn nicht Abschaffung geschaffen werde. Daher müsse die heutige Versammlung denjenigen Stellen, die sich den Notwendigkeiten der Zeit gegenüber als äußerst schwächer erweisen haben, das Gewissen schämen. Heute seien die sozialen Rüstungsbetriebe nicht Musterbeispiele für die fortwährenden Arbeitgeber, sondern für die rücksichtsvollen Kreise der Schwerindustrie. (Sehr richtig!) Das Gros der Angestellten befindet sich in der Stille mit Stundenlohn von 1 bis 20 Pf., die Mehrzahl der Arbeitnehmer habe Stundenlohn von 1,10 bis 1,30 Pf. in den höchsten militärischen Betrieben. Diese Verdienste bleiben hinter denen in den privaten Mühlenindustrien zurück und sie entziehen der höchsten Verantwortung der sozialen Lebenshaltung in keiner Weise. Statt der notwendigen Aufzehrung mache sich bei den Anstellten sogar eine entgegengesetzte Tendenz bemerkbar. Als die letzten Teuerungs- zu einer Erhöhung erhielten, habe man gleichzeitig die Sonderzulagen aufgehoben, wodurch eine Verkürzung des Monatsentgelts um 25 bis 50 Pf. eingetragen sei. Daher sei die Verkürzung durchaus berechtigt, daß neben der weiteren Erhöhung der Zulagen vor allen Dingen auch der Abschaffung dieser Sonderzulagen zu bedenken ist. Die beobachtete gewisse Verbesserung einer bestimmten Gruppe von Angestellten sei mit alter Entwickeltheit abzurechnen. Die Maßnahme würde eine wirtschaftlich zuverlässige Erhöhung der Angestelltengehälter habe sich als noch weniger bewährt als erwünscht als die der Arbeiter Gehalte. Weder das Einkommen der Angestellten, noch das der Arbeiter reiche aus, um die ungeheure Kosten der Lebenshaltung zu decken; schlecht beliebt und unterschiedlich droht ihnen die fortwährende Zusammenbruch, wenn nicht Abschaffung geschaffen werde. Daher müsse die heutige Versammlung denjenigen Stellen, die sich den Notwendigkeiten der Zeit gegenüber als äußerst schwächer erweisen haben, das Gewissen schämen. Heute seien die sozialen Rüstungsbetriebe nicht Musterbeispiele für die fortwährenden Arbeitgeber, sondern für die rücksichtsvollen Kreise der Schwerindustrie. (Sehr richtig!) Das Gros der Angestellten befindet sich in der Stille mit Stundenlohn von 1 bis 20 Pf., die Mehrzahl der Arbeitnehmer habe Stundenlohn von 1,10 bis 1,30 Pf. in den höchsten militärischen Betrieben. Diese Verdienste bleiben hinter denen in den privaten Mühlenindustrien zurück und sie entziehen der höchsten Verantwortung der sozialen Lebenshaltung in keiner Weise. Statt der notwendigen Aufzehrung mache sich bei den Anstellten sogar eine entgegengesetzte Tendenz bemerkbar. Als die letzten Teuerungs- zu einer Erhöhung erhielten, habe man gleichzeitig die Sonderzulagen aufgehoben, wodurch eine Verkürzung des Monatsentgelts um 25 bis 50 Pf. eingetragen sei. Daher sei die Verkürzung durchaus berechtigt, daß neben der weiteren Erhöhung der Zulagen vor allen Dingen auch der Abschaffung dieser Sonderzulagen zu bedenken ist. Die beobachtete gewisse Verbesserung einer bestimmten Gruppe von Angestellten sei mit alter Entwickeltheit abzurechnen. Die Maßnahme würde eine wirtschaftlich zuverlässige Erhöhung der Angestelltengehälter habe sich als noch weniger bewährt als erwünscht als die der Arbeiter Gehalte. Weder das Einkommen der Angestellten, noch das der Arbeiter reiche aus, um die ungeheure Kosten der Lebenshaltung zu decken; schlecht beliebt und unterschiedlich droht ihnen die fortwährende Zusammenbruch, wenn nicht Abschaffung geschaffen werde. Daher müsse die heutige Versammlung denjenigen Stellen, die sich den Notwendigkeiten der Zeit gegenüber als äußerst schwächer erweisen haben, das Gewissen schämen. Heute seien die sozialen Rüstungsbetriebe nicht Musterbeispiele für die fortwährenden Arbeitgeber, sondern für die rücksichtsvollen Kreise der Schwerindustrie. (Sehr richtig!) Das Gros der Angestellten befindet sich in der Stille mit Stundenlohn von 1 bis 20 Pf., die Mehrzahl der Arbeitnehmer habe Stundenlohn von 1,10 bis 1,30 Pf. in den höchsten militärischen Betrieben. Diese Verdienste bleiben hinter denen in den privaten Mühlenindustrien zurück und sie entziehen der höchsten Verantwortung der sozialen Lebenshaltung in keiner Weise. Statt der notwendigen Aufzehrung mache sich bei den Anstellten sogar eine entgegengesetzte Tendenz bemerkbar. Als die letzten Teuerungs- zu einer Erhöhung erhielten, habe man gleichzeitig die Sonderzulagen aufgehoben, wodurch eine Verkürzung des Monatsentgelts um 25 bis 50 Pf. eingetragen sei. Daher sei die Verkürzung durchaus berechtigt, daß neben der weiteren Erhöhung der Zulagen vor allen Dingen auch der Abschaffung dieser Sonderzulagen zu bedenken ist. Die beobachtete gewisse Verbesserung einer bestimmten Gruppe von Angestellten sei mit alter Entwickeltheit abzurechnen. Die Maßnahme würde eine wirtschaftlich zuverlässige Erhöhung der Angestelltengehälter habe sich als noch weniger bewährt als erwünscht als die der Arbeiter Gehalte. Weder das Einkommen der Angestellten, noch das der Arbeiter reiche aus, um die ungeheure Kosten der Lebenshaltung zu decken; schlecht beliebt und unterschiedlich droht ihnen die fortwährende Zusammenbruch, wenn nicht Abschaffung geschaffen werde. Daher müsse die heutige Versammlung denjenigen Stellen, die sich den Notwendigkeiten der Zeit gegenüber als äußerst schwächer erweisen haben, das Gewissen schämen. Heute seien die sozialen Rüstungsbetriebe nicht Musterbeispiele für die fortwährenden Arbeitgeber, sondern für die rücksichtsvollen Kreise der Schwerindustrie. (Sehr richtig!) Das Gros der Angestellten befindet sich in der Stille mit Stundenlohn von 1 bis 20 Pf., die Mehrzahl der Arbeitnehmer habe Stundenlohn von 1,10 bis 1,30 Pf. in den höchsten militärischen Betrieben. Diese Verdienste bleiben hinter denen in den privaten Mühlenindustrien zurück und sie entziehen der höchsten Verantwortung der sozialen Lebenshaltung in keiner Weise. Statt der notwendigen Aufzehrung mache sich bei den Anstellten sogar eine entgegengesetzte Tendenz bemerkbar. Als die letzten Teuerungs- zu einer Erhöhung erhielten, habe man gleichzeitig die Sonderzulagen aufgehoben, wodurch eine Verkürzung des Monatsentgelts um 25 bis 50 Pf. eingetragen sei. Daher sei die Verkürzung durchaus berechtigt, daß neben der weiteren Erhöhung der Zulagen vor allen Dingen auch der Abschaffung dieser Sonderzulagen zu bedenken ist. Die beobachtete gewisse Verbesserung einer bestimmten Gruppe von Angestellten sei mit alter Entwickeltheit abzurechnen. Die Maßnahme würde eine wirtschaftlich zuverlässige Erhöhung der Angestelltengehälter habe sich als noch weniger bewährt als erwünscht als die der Arbeiter Gehalte. Weder das Einkommen der Angestellten, noch das der Arbeiter reiche aus, um die ungeheure Kosten der Lebenshaltung zu decken; schlecht beliebt und unterschiedlich droht ihnen die fortwährende Zusammenbruch, wenn nicht Abschaffung geschaffen werde. Daher müsse die heutige Versammlung denjenigen Stellen, die sich den Notwendigkeiten der Zeit gegenüber als äußerst schwächer erweisen haben, das Gewissen schämen. Heute seien die sozialen Rüstungsbetriebe nicht Musterbeispiele für die fortwährenden Arbeitgeber, sondern für die rücksichtsvollen Kreise der Schwerindustrie. (Sehr richtig!) Das Gros der Angestellten befindet sich in der Stille mit Stundenlohn von 1 bis 20 Pf., die Mehrzahl der Arbeitnehmer habe Stundenlohn von 1,10 bis 1,30 Pf. in den höchsten militärischen Betrieben. Diese Verdienste bleiben hinter denen in den privaten Mühlenindustrien zurück und sie entziehen der höchsten Verantwortung der sozialen Lebenshaltung in keiner Weise. Statt der notwendigen Aufzehrung mache sich bei den Anstellten sogar eine entgegengesetzte Tendenz bemerkbar. Als die letzten Teuerungs- zu einer Erhöhung erhielten, habe man gleichzeitig die Sonderzulagen aufgehoben, wodurch eine Verkürzung des Monatsentgelts um 25 bis 50 Pf. eingetragen sei. Daher sei die Verkürzung durchaus berechtigt, daß neben der weiteren Erhöhung der Zulagen vor allen Dingen auch der Abschaffung dieser Sonderzulagen zu bedenken ist. Die beobachtete gewisse Verbesserung einer bestimmten Gruppe von Angestellten sei mit alter Entwickeltheit abzurechnen. Die Maßnahme würde eine wirtschaftlich zuverlässige Erhöhung der Angestelltengehälter habe sich als noch weniger bewährt als erwünscht als die der Arbeiter Gehalte. Weder das Einkommen der Angestellten, noch das der Arbeiter reiche aus, um die unge

